

Niederschrift

zur 16. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 12.11.2020 Folgesitzung, 16.11.2020	18.30- Uhr 22.33 Uhr	Pneumant-Sporthalle (Siegfried- Hirschmann-Str.5)

Anwesenheit

Vorsitz

Uwe Koch ,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda , Monika Fiedler , Peter-Martin Mattigk , Gerold Sachse , Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Gernot Geike , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati , Jürgen Teichmann ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Altmann , Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher , Iris Jatzek , Christina Krü-
ger , Nancy Krüger ,

SPD-Fraktion

Dr. Dr. Franz H. Berger , Juliane Meyer , Sebastian Rausch , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich , Enrico Biagini , Axel Fachtan , Jürgen Gebauer , Rolf Peter Hooge ,

Bürgermeister

Matthias Rudolph ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter Apitz , Cornelia Behrmann , Bernd Saliter ,

Fraktionsloser Abgeordneter

Thomas Apitz ,

Verwaltung

Melanie Brückner anwesend am 12.11.2020, Franka Koch , Christfried Tschepe anwesend in der
Folgesitzung am 23.11.2020, Stefan Wichary ,

Abwesend

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden recht herzlich und eröffnet die 16. Sitzung der SVV. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 30 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

Die Fraktionsvorsitzenden hatten sich darauf verständigt, die heutige Sitzung nach 3 h zu beenden und nach 60 min jeweils für eine 10 minütige Lüftungspause zu unterbrechen.

Abstimmung zur verkürzten Sitzungsdauer:

Ablehnung: 9 Ja 16 Nein 4 Enthaltung

Abstimmung zur Lüftungspause:

Zustimmung: mehrheitlich dafür

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Zur Sitzung wurden zwei Eilanträge eingereicht, deren Eilbedürftigkeit die Fraktionen wie folgt begründen:

FDP-Fraktion Corona-Fall im Rathaus Fürstenwalde/Spree – Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.11.2020, deren Beantwortung, Gastbeitrag des Bürgermeisters in der FW vom 11.11.2020 und Aussprache zu diesem Themenkomplex

Frau Schumann gibt noch einige zusätzliche Erläuterungen zu diesem Antrag. Der Bürgermeister hat sich bereits in einigen sozialen Netzwerken/Medien geäußert, die Anfrage der FDP jedoch noch nicht beantwortet. Sie sieht die Informationspflicht verletzt, der der Bürgermeister hätte nachkommen müssen.

Es gibt formell eine Gegenrede.

Der Bürgermeister berichtet, dass er den TOP Informationen des Bürgermeisters für die Beantwortung der Fragen ohnehin nutzen wird. Insofern ist die Eilbedürftigkeit der Befassung mit dem Antrag nicht erkennbar.

Herr Wende spricht für die Eilbedürftigkeit und unterstützt den Antrag. Er hält es für notwendig, in einem eigenen TOP nicht nur die Informationen zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch die Möglichkeit zu haben, das eine oder andere zu hinterfragen und auch Entscheidungen zu treffen.

Abstimmung zur Eilbedürftigkeit/Aufnahme in die TO:

Zustimmung: 20 Ja 6 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen

BFZ-Fraktion Infektionsschutz Ernst nehmen, SVV digital durchführen

Nancy Krüger begründet die Eilbedürftigkeit damit, dass die kommunale Notlagenverordnung des Landes Brandenburg die Möglichkeit dafür gibt. Sollte heute ein Teilnehmer zum Zeitpunkt der Sitzung mit Sars-Cov2 infiziert sein, so müssen alle Anwesenden in Quarantäne.

Frau Meyer spricht gegen die Eilbedürftigkeit und meint, die NotlagenVO gilt seit April 2020. Warum, so fragt sie u.a., wurden nicht alle Maßnahmen zur Sitzung unaufgeregt und rechtzeitig vorbereitet? Außerdem zitiert sie aus der April-Sitzung 2020, dass die BFZ-Fraktion "hat dafür gekämpft, dass die heutige Sitzung stattfindet. Sie warnt davor, in dieser schwierigen Zeit, die Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern leichtfertig abzugeben. Sie kritisiert, das Agieren des Vorsitzenden". Heute werden in der großen 3-Felder-Halle alle Maßnahmen des Infektionsschutzes eingehalten. Was ist also der Grund für diesen Antrag? Frau Meyer vertritt die Auffassung, dass es sich um ein durchsichtiges Manöver handelt, da sich der Bürgermeister in einen ordentlichen Skandal verstrickt hätte. Er hat sich Quarantäneanordnung widersetzt und damit Menschen gefährdet. Die Aufklärung dessen soll nun hier unter Ausschluss einer größtmöglichen Öffentlichkeit im stillen Kämmerlein passieren.

Sie verurteilt zutiefst, dass dieser Antrag tatsächlich nicht den Infektionsschutz zum Ziele hat.

Im Anschluss wird z.T. kontrovers diskutiert. U.a. möchte Herr Fischer wissen, worauf die Aussage fusst, dass es nicht korrekt ist, dass alle in Quarantäne müssen, wenn sich hier jemand als infektiös herausstellt.

Der Vorsitzende informiert über ein Telefonat mit dem Landrat, das Gesundheitsamt stellt keine anderen als die üblichen Regeln auf und prüft jeden Einzelfall.

Der Bürgermeister wehrt sich wiederum mit einer Aussage aus der Telefonkonferenz mit dem Landrat mit allen Amtsdirektoren und Bürgermeistern. Der hatte die Quarantäne für alle bestätigt (Haushaltsklausur des Landkreises). Herr Rudolph weist ganz entschieden zurück, dass die Behauptung im Raume steht, dass er aus niederen Beweggründen eine falsche Behauptung getätigt hätte und der Grundlage für einen Antrag der BFZ-Fraktion ist. Das, so formuliert er, ist an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten.

Der Vorsitzende ruft zur Tagesordnung zurück und erinnert, dass es um die Eilbedürftigkeit des BFZ-Antrages geht. Er lässt nunmehr darüber abstimmen.

Abstimmung zur Eilbedürftigkeit:

Ablehnung: 13 Ja 15 Nein 2 Enthaltungen

Der Vorsitzende stellt im Benehmen mit dem Bürgermeister fest, dass nachfolgende TOP´s für heute aufgrund weiteren Beratungsbedarfes von der Tagesordnung genommen werden:

TOP 7.20 Umbenennung einer Straße in Fürstenwalde-Süd

TOP 7.23 Schaffung eines Radfahrangebotsstreifen

TOP Sitzungsplanbestätigung

Der Bürgermeister bittet, den TOP Einbringung der Haushaltssatzung in der Tagesordnung vorzulegen. Des Weiteren wird der Satzungsbeschluss zum Nahversorgungszentrum Nord heute unbedingt in der heutigen Sitzung benötigt.

Herr Rausch fragt, ob und wann die Haushaltssatzung vom Hauptverwaltungsbeamten festgestellt wurde. Der Bürgermeister berichtet, dass es selbstverständlich einen festgestellten Haushaltsplan gibt. Herr Wende kritisiert, dass es der vorgelegten Drucksache nicht zu entnehmen ist.

Herr Biagini beantragt eine kurze Beratungspause.

Nach der Pause geht Frau Nancy Krüger auf einige Änderungs- und Verschiebungsanträge für die Tagesordnung ein.

Der Vorsitzende lässt die Reihenfolge der TOP´s beschließen und die so geänderte Tagesordnung wird wie folgt festgelegt:

Zustimmung mit Änderung Ja 26 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 3 Niederschrift vom 01.10.2020, Folgesitzung am 05.10.2020

entfällt

TOP 4 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert, dass Frau Keßler zur Vorsitzenden des Kita- und Grundschulbeirates gewählt wurde, nachdem Herr Giesau zurückgetreten war.

Weiterhin ist Frau Spillmann zur Vorsitzenden des Behindertenbeirates gewählt worden.

Herr Christian Altmann und Frau Iris Jatzek werden für die BFZ-Fraktion als StellvertreterIn im Hauptausschuss benannt.

Herr Koch informiert, dass er bezüglich der Eilentscheidung/Baustopp zur Lindenstraße bei einer Verhandlung am Amtsgericht als Gast anwesend war. Das Amtsgericht prüft derzeit die Zuständigkeit.

Interessant, so führt er weiter aus, war die Tatsache, dass der Anwohner der Lindenstraße berichtete, er sei seit über 2 Jahren mit dem Bürgermeister über die Errichtung/Betreibung einer Wasserstofftankstelle in Verhandlung stehe. Eine entsprechende Bauzeichnung wies die Stadt sogar als Bauherren aus.

Der Vorsitzende berichtet, dass er an den Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag des Internierungslagers und der St.-Marie-Domgemeinde teilnehmen wird. Eine Verabredung mit dem Bürgermeister erfolgt noch.

TOP 5 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister greift die Information zur Wasserstofftankstelle auf und führt aus, dass es nicht korrekt ist, dass die Stadt ohne Zutun von Gremien als Bauherr auftritt oder werden soll. Korrekt ist, dass die Stadt Fürstenwalde/Spree ein Interesse an dieser Angelegenheit hat. Das wäre ein ganz wesentlicher Aspekt einer Energiewende und wird in den Rahmenbedingungen von der Stadt unterstützt. Das ist auf verschiedensten Ebene (Wirtschaftsministerium, Staatskanzlei, Busverkehrsgesellschaft etc) bereits Thema. Auch über unterschiedliche Standorte wird es erste Gespräche geben.

Der Bürgermeister berichtet im Kontext nachhaltiger Energie, dass es gestern ein erster öffentlicher Ladepark für E-Fahrzeuge im Autofocus eingeweiht wurde.

Bezüglich des AWO-Standortes informiert der Bürgermeister, dass es tiefgreifende Abstimmungen gab. Die AWO möchte das vorhandene Grundstück an der Lotichiusstraße nutzen, um eine Kita in Kooperation mit der Stadt für 120 Kinder zu errichten. Ein Projekt, das in die Abstimmungsrunde im Rahmen des gefassten BPlanes geht, ist unbedingt im Interesse der Stadt.

Der Bürgermeister greift die Anfragen zu den offenen Personalstellen in der Verwaltung auf und informiert, dass es sich aktuell um 300,325 VZ-Stellen im IST handelt. Vorgesehen sind 322,325 VZE, d.h. 22 VZE nicht besetzt sind.

Es gab 3 Neueinstellung in der IT, des Weiteren werden 2 Juristen für die Rechtstelle zum Jahresbeginn ihre Tätigkeiten aufnehmen.

Er macht deutlich, dass die 22 Stellen zumeist neu geschaffene Stellen sind (2. Stelle Vergabestelle, Fördermittelmanagement, offene Derzenteinstellen, Kinder- und Jugendbeauftragte, Beauftragten für Klima- und Mobilität, 4 zusätzliche Stellen im Ordnungsamt, 3 offene Stellen im Personalbe-

reich, 2. Stelle im RPA, Nachbesetzungen im Kita- und Grundschulbereich, 2. Stelle im Sitzungsdienst, Ersatz im Bau- und Liegenschaftsbereich, 3 Stellen bei der Feuerwehr).
Er sieht die Priorität in der Besetzung des Personalbereiches, um dort u.a. für die Besetzung der anderen Stellen einsatzfähig zu sein.

Der Bürgermeister geht noch auf die Tatsache ein, dass es ein Erntefest gab (unter Einhaltung der notwendigen Hygiene- und Abstandsregeln) und nunmehr aber der Weihnachtsmarkt abgesagt wird. Für die Nutzung des Festplatzes in der D.-W.-Külz-Straße hat die Stadt keine rechtliche Handhabung, z.B. den Rummel zu untersagen. Ein Marktschreier-Event muss derzeit geprüft werden, da hier nicht die Stadt selbst Veranstalter ist.

Er dankt noch einmal für das bisherige Engagement, einen Weihnachtsmarkt in 2020 zu realisieren und mit kreativen Möglichkeiten zu veranstalten. Aber es wäre gerade unter den jetzigen Bedingungen ein falsches Signal und so bittet er, die Öffentlichkeit noch einmal um Verständnis für die Absage.

Aktuell gibt es 216 Fälle seit Beginn der Pandemie, 105 sind genesen. Ein vielfaches dieser Zahl befindet sich in Quarantäne. Die 7-Tage-Inzidenz liegt derzeit über 100, d.h. es wird in absehbarer Zeit keine Lockerungen geben.

Er dankt sich bei allen, die sich an den Maßnahmen, bei der Umsetzung der Maßnahmen etc. beteiligen.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

TOP 7 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Einbringung Haushaltssatzung 2021

7/DS/242

Die Kämmerin Frau Brückner hat für ihre heutigen Ausführungen für die Stadtverordneten einen Taschen-Plan und ein Handout vorbereitet, so dass jeder ihren Informationen besser folgen kann. Der Entwurf der Haushaltssatzung wurde von ihr aufgestellt und an den Bürgermeister weitergeleitet. Dieser stellt ihn fest und leitet ihn an die Stadtverordneten weiter. Der Beschluss ist sowohl bekanntzumachen als auch der Kommunalaufsicht anzuzeigen.

Das Haushaltsbuch wurden allen Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Zu den wesentlichen Eckdaten:

Vorgehensweise:

Die Fachgruppen der Verwaltung haben ihre Haushaltsmittel in datev angemeldet (alle kommunalen Pflichtaufgaben, die regelmäßig wiederkehrenden Leistungen und die begonnenen Projekte) zum

Rohhaushalt. Dieser wurde mit einzelnen Maßnahmen aus den Prioritätenlisten durch die Kämmerei erstellt. Insgesamt aus lfd. Verwaltung über 2,2 Mio€; 150.000 € für Investitionen
Im Ergebnishaushalt weist er einen negative Saldo aus. Der Fehlbetrag liegt bei 912.500 € und kann durch vorhandene Rücklagen ausgeglichen werden (sh. Vorbericht).

Zum Finanzhaushalt führt Frau Brückner aus, dass der Saldo aus der lfd. Verwaltungstätigkeit 1 Mio€ beträgt. Die Kredittilgung beträgt 4,6 Mio€.

Wesentliche Positionen aus dem Rohhaushalt:

Personalkosten 19,5 Mio€ (alle Stellen besetzt und Lohnsteigerung einkalkuliert)

Kreisumlage mit 17,3 Mio€ (37 %)

Schlüsselzuweisungen in Höhe von ca. 14 Mio€ erhalten

Liegenschaften 1,2 Mio€ Einnahmen aus austehenden Grundstückverkäufen (KFM II) und Grundstückszugänge in Höhe von 915.000 €

Investive Baumaßnahmen:

Abschluss des Erweiterungsbau der TFG und Ersatzneubau Kita Buratino

Querungshilfe Heideland

Sanierung Ruderzentrum mit Förderquote 45 %

Jagdschloss in HP 2022 verschoben, da noch rd. 3 Mio Ermächtigungsübertrag aus 2020 zu 2021 abgearbeitet werden müssen

Sanierung Sanitär Hort Sternschnuppe 20 T€

Aufnahme aus Prio-Liste:

lfd. Haushalt, freiwillige Aufgaben (Stadtfest, Weihnachtsmarkt, RL sowie BKZuschuss Schwapp)

Jugendarbeit in Höhe von 800 T€ und Instandsetzung Kita/Schulen 340 T€

Investitionen: kleinere Positionen wie Spielgeräte, Wegeleitsystem in Vorbereitung auf 750 Jahrfeier, Austausch Sportgeräte und Ausstattung Schulen, Wohnheim, IT-Technik

Ausblick:

Beratung in Fachausschüssen, Ortsbeiräten und Fraktionen/Haushaltsklausur

Beschluss SV Dezember 2020

Frau Brückner berichtet, dass die Haushaltssatzung am heutigen Tag durch den Bürgermeister festgestellt wurde.

In der anschließenden Debatte signalisieren einige Fraktionen, dass sie sich sehr unter Zeitdruck fühlen. Der Haushalt sollte ursprünglich schon in der Oktober-Sitzung vorgestellt werden. Herr Wende wirft dem Bürgermeister vor, das verzögert zu haben und orientiert, den Beschluss in der Januar-Sitzung zu fassen. Herr Rausch plädiert ebenfalls für genügend Zeit, um in den Fraktionen und Ausschüssen zu diskutieren.

Die Stadtverordneten verständigen sich mehrheitlich für die Haushaltsklausur auf Samstag, den 28.11.2020.

Kenntnisnahme

TOP 7.2 Eilantrag der FDP-Fraktion: Corona-Fall im Rathaus

Frau Schumann geht auf den Eilantrag, die schriftlichen Anfragen und die Äußerungen in der FW ein. Der Bürgermeister möchte die Fragen heute mündlich beantworten und beginnt mit der Frage nach einem Pandemie-/Notfallplan für die MitarbeiterInnen und wie die Verwaltung arbeitsfähig gehalten wird. Er berichtet, dass dieser zunächst nicht vorhanden war und jetzt erarbeitet ist. Den Umstän-

den entsprechend wurden sehr gute Regelungen getroffen und viele von den Dingen geregelt, die hier von der FDP-Fraktion abgefragt werden.

Für die Arbeitsfähigkeit wurde bereits am Anfang ein Prioritätenplan für einzelne Aufgaben, die unbedingt sicherzustellen sind, erarbeitet (Verwaltung nach außen vertreten, Verwaltungsführung, Krisenstab, Ordnungsamt, Wohngeldstelle, Bürgerbüro, Gewerbebereich, Notbetreuung Schule-Kita-Hort). In anderen Bereichen, wie der Stadtplanung, Bau, Straßen etc. wurde die Weiterführung der begonnenen Projekte sichergestellt, ohne eine hohe Priorität. Dann wurde die komplette Verwaltung in Splitteams unterteilt. Jedes Team hätte allein die priorisierten Aufgaben erfüllen können. Des Weiteren wurde die Arbeitszeit auf Schichtdienst umgestellt, zwischen 5.00 Uhr und 22.00 Uhr wurde die Arbeitszeit flexibel gestaltet, Homeoffice angeboten. Es werden auch Kontaktlisten geführt.

Die Frage der Risikogruppen in der Mitarbeiterschaft wird beantwortet – Einteilung in Risikogruppen 1, 2 3a und 3b (von den letzten beiden hohen Risikogruppen sind 22 MitarbeiterInnen betroffen) nach freiwilliger Selbstauskunft. Regelmäßig bzw. nach Erfordernis gibt es vom Krisenstab wichtige Mitarbeiterinfos. Meldungen über Verdachtsfälle tätigt das Gesundheitsamt.

Der Bürgermeister geht abschließend noch auf seine Quarantäne ein, da er Kontakt mit einem positive Mitarbeiter hatte. Er meint, dass es ein Fehler war, dass entsprechende Information von seiner Seite im Hauptausschuss unterblieben war und betont, dass die Hinweise des RKI sinnvoll sind und beachtet werden. Es gab zu keinem Zeitpunkt einen Kontakt ohne Maske unterhalb von 1,5 M oder face-to-face.

Der Bürgermeister hat noch einige Anmerkungen und die Stadtverordneten Nachfragen, die nicht für die öffentliche Sitzung geeignet sind. Insofern wird das Thema später noch einmal aufgegriffen. Frau Meyer kritisiert, dass der Bürgermeister offensichtlich einen umsichtigen Umgang mit der Pandemie vermissen lässt. Bevor er sich in dieser Angelegenheit an die SVV wandte, wurde ein breites Statement in einer Fürstenwalder Zeitung ausdiskutiert. Sie bezeichnet es als Missachtung der Beteiligungsrechte der Stadtverordneten. Weiterhin kritisiert sie den Umgang mit den MitarbeiterInnen im Rathaus und sein Widersetzen gegen die häusliche Quarantäne, die vom Gesundheitsamt angewiesen worden war.

Der Vorsitzende verliest nunmehr einen persönlichen Brief des Landrates zur Angelegenheit. (Anmerkung des Protokolls: Der Brief liegt allen Stadtverordneten vor und ist den Sitzungsunterlagen beigelegt. Deshalb wird hier auf die Wiedergabe verzichtet)

In der anschließenden Diskussion gibt es verschiedene Wortmeldungen und es wird versucht, die Situation zu bewerten und auszuwerten. Die Fraktionen reagieren erzürnt und bestürzt über das Vorgehen des Bürgermeisters und haben noch zahlreiche Nachfragen zum Verhalten, das jeglicher Einsicht und Wertschätzung entbehrt.

Abschließend legt die Mehrzahl der SV Wert darauf, dass sich der Bürgermeister bei den Stadtverordneten und insbesondere bei Frau Schumann und Herrn Koch entschuldigt für die Gefährdungssituation, der sie ausgesetzt waren und für die Äußerungen in der FW.

TOP 7.3 Bebauungsplan Nr. 112 "Nahversorgungszentrum Nord" hier: 7/DS/221 Satzungsbeschluss

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4 a BauGB keine Stellungnahmen abgegeben wurden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils i. V. m. § 4a BauGB, Stellungnahmen eingegangen sind. Über den Sachverhalt aller im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen, ersichtlich in der Anlage 1, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.
2. Der Bebauungsplan Nr. 112 "Nahversorgungszentrum Nord" für das Gebiet der Flurstücke 354 der Flur 83; 2 teilweise, 6 teilweise, 4/8, 422 und 477 der Flur 95; Gemarkung Fürstenwalde/Spree, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) wird auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl.I/19, [Nr. 38]), und § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728), als Satzung beschlossen. Die Begründung wird gebilligt.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.4 Grundsätze zur weiteren Entwicklung von Jagdschloss-Ensemble und 7/DS/246/ Aufbauschule - Ergänzung

1

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Grundsatzbeschluss zur Sanierung und zum Umbau des Jagdschlusses vom 08.06.2017, zuletzt geändert durch Beschluss vom 22.08.2019, wird erneut geändert. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planungsleistungen (Lph 3 und 4) auf der Grundlage der „großen Variante“ so überarbeiten zu lassen, dass auf das Untergeschoss unter dem Anbau auf der Ostseite des Souterrains verzichtet werden kann.

Zustimmung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 7.5 Verbesserung der Digitalausstattung an den Grundschulen der Stadt 7/DS/233 Fürstenwalde/Spree in den Jahren 2020 bis 2026

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Maßnahmeplanung zum DigitalPakt Schule mit einem Gesamtvolumen von **1.821.891 Euro** im Zeitraum bis einschließlich 2026 unter Einbeziehung der bewilligten Fördermittel in Höhe von **709.860,00 Euro** umzusetzen. Entsprechend sind die Jahresbeträge in den jeweiligen Haushalten zu veranschlagen.

Ferner sind die zusätzlich aus der Richtlinie Ausstattung mobile Endgeräte bewilligten Fördermittel in Höhe von **373.887,40 Euro** in den Haushalt 2020 der Stadt Fürstenwalde/Spree als überplanmäßige Einnahme und Ausgabe aufzunehmen und alle notwendigen Schritte zu unternehmen für

eine zweckentsprechende Verwendung bis zum 15. Dezember 2020. Für den Einsatz der anzuschaffenden Endgeräte ist mit den Schulen ein Nutzungskonzept zu erarbeiten.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7.6 Bestätigung einer Eilentscheidung vom 20. Oktober 2020 über über- 7/DS/287 planmäßige Ausgaben zur Verwendung von Fördermitteln des MBS zur Anschaffung schulgebundener mobiler Endgeräte im Rahmen des DigitalPakt Schule 2019 bis 2024

Der Vorsitzende bittet, den folgenden Hinweis zu protokollieren. Der 20.10.2020 war der Fälligkeitstag für die Veröffentlichung der Ausschreibung. Er hat die Eilentscheidung erst am 21.10.2020 unterzeichnet.

Frau Meyer kritisiert, dass keine typenoffene Ausschreibung vorgenommen wurde, sondern auf eine bestimmte Produktion abzielt. Sie fragt, warum eine vergabewidrige Entscheidung getroffen wurde. Herr Wende fragt, warum 700 Geräte ausgeschrieben wurden.

Der Bürgermeister informiert, dass es sich in der Eilentscheidung um die Darstellung einer überplanmäßigen Ausgabe für 482 Endgeräte handelt. Die Beschaffung der Geräte wurde aufgrund einer Konferenz mit den SchulleiterInnen (in Ergänzungsbeschaffung der vorhandenen IOS-Geräte) gewählt. Diese Geräte werden im Rahmen des Medienentwicklungsplanes an den Schulen eingesetzt. Mit den zusätzlichen 218 Geräten kann jede Schulen zur Verbesserung der Digitalausstattung mit 175 Geräten ausgestattet werden.

Frau Meyer unterbricht die Sitzung aufgebracht, da niemand von der BFZ-Fraktion das sog. BFZ-Protokoll der Sitzung mitschreibt. Trotzdem erscheint Wort für Wort, was hier in der Sitzung gesprochen wird. Sie fragt, wie das möglich ist?

Der Erste Beigeordnete berichtet, dass die FG Kita, Schulen und Soziales die entsprechende Drucksache vorbereitet hatte. Nachdem er mit der Ausschreibung befasst war und erfahren hatte, dass 700 I-Pads ausgeschrieben werden sollen, hat er der Vergabestelle mitgeteilt, dass er sie nicht unterschreibt, wegen der fehlenden Produktneutralität und der fehlenden Absicherung der Haushaltsmittel.

In der dann getroffenen Eilentscheidung geht es um die Fördermittel der 482 Geräte.

Herr Rausch erinnert an die Hauptausschusssitzung vom 28.10.2020, in der die Mitglieder nach möglichen Geräteanschaffungen gefragt wurden. Er echauviert sich darüber, dass offensichtlich zu diesem Zeitpunkt schon feststand, dass Apple-Geräte angeschafft werden. Die Ausschreibung ist sogar vom 21.10.2020 datiert.

Aufgrund der Uhrzeit, es ist nach 23.00 Uhr, wird die Sitzung geschlossen. Es wird einstimmig beschlossen, dass die Folgesitzung am Montag, dem 16.11.2020 fortgeführt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die als Anlage 1 beigefügte Eilentscheidung des Bürgermeisters vom 20. Oktober 2020 über überplanmäßige Ausgaben zur Verwendung von Fördermitteln des MBS zur Anschaffung schulgebundener mobiler Endgeräte im Rahmen des DigitalPakt Schule 2019 bis 2024.

Zustimmung Ja 21 Nein 4 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 7.7 gemeinsamer Antrag der BFZ-Fraktion und der SPD-Fraktion: kurzfristige Beschaffung und Testung von Luftfilteranlagen in städtischen 7/AN/283

Grundschulen zur Infektions-Prävention

Zum Antrag der SPD- und der BFZ-Fraktion gibt es einige Wortmeldungen.

Zuerst meldet sich Herr Wende zu Wort. Seine Fraktion hatte zum Antrag Änderungs- und Ergänzungsbedarf angemeldet.

Die Fraktion DIE LINKE schlägt vor, CO₂-Tester für die weiteren Klassenräume der städtischen Grundschulen zu veranlassen. In einem zweiten Schritt wird empfohlen, bis 2023 die städtischen Schulen mit festen Luftfilter- und Belüftungsanlagen auszustatten.

Anschließend werden unterschiedliche Auffassungen vertreten, Herr Aulich verweist auf die aktuellen Maßnahmen zur Belüftung und möchte die erforderlichen Mittel besser für die digitale Ausstattung der Schulen einsetzen. Herr Geike spricht sich dafür aus, Be- und Entlüftungsanlagen zu installieren.

Frau Schumann berichtet, dass an ihrer Schule bereits 10 CO₂-Tester vorhanden sind, die auch eingesetzt werden. Das Staatliche Schulamt empfiehlt jeder Schule 2 CO₂-Ampeln. Zu den Luftfilter- und Belüftungsanlagen meint sie, man solle erst einmal das Berliner Modellprojekt abwarten.

Frau Meyer bringt zum Ausdruck, dass die Fraktionen den Ergänzungsantrag der LINKEN als Bereicherung zu ihrem Antrag mit übernehmen und zu schauen, wie die Praxis mit einer weiteren Möglichkeit der Testung (5 pro Grundschule) aussieht. Die Schulleiter haben bereits signalisiert, über ihre Erfahrungen zu berichten.

Herr Aulich formuliert noch eine Reihe von Fragen bezüglich der Reinigung der Geräte, zum Lüftungsverhalten, zu den Kosten etc und große Bedenken.

Der Bürgermeister berichtet über eine Stellungnahme der Kämmerin. Zum derzeitigen Zeitpunkt stehen im Haushalt keine Deckungsmittel zur Verfügung. Er berichtet über Eckdaten des Haushalts 2020 und eine Prognose, wonach keine überschüssigen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen und 1,9 Mio€ fehlen. Er geht darauf ein, dass unverzügliche Anschaffungen an den fehlenden Finanzen scheitern.

Herr Rausch betont, dass auch Miete, Leasing möglich sein sollte und zunächst über 20 Geräte insgesamt gesprochen wird.

Auf Antrag von Frau Meyer wird die Sitzung für eine Fraktionsberatung und zum Lüften 10 Minuten unterbrochen.

Die Fraktionen haben die Pause genutzt und die Geräteanschaffung noch einmal diskutiert. Herr Rausch stellt die einzelnen Punkt vor:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, für eine erste Testphase unverzüglich insgesamt 20 Raumluftfilter für die vier Grundschulen in Fürstenwalder Trägerschaft zu beschaffen (Leasing oder zur Miete). Die Geräte müssen dabei alle der folgenden technischen Voraussetzungen erfüllen:
 - a) HEPA-Filterklasse H13 oder H14 mit einem Filter der nach der europäischen Lüftungsnorm EN 1822-1 geprüft ist
 - b) mindestens das sechsfache an Luft des Raumvolumens der Unterrichtsräume pro Stunde filtern, entsprechend der Räume in denen sie eingesetzt werden sollen
 - c) im Normalbetrieb (nicht Automatikmodus) leiser als 52dB sein.

Zur Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2020 ist ein erster Bericht über die Art der Beschaffung und der Installation in den Einrichtungen zu geben.

Zur Stadtverordnetenversammlung im Januar 2021 ist ein Bericht über die Testphase vorzustellen und bei positivem Ergebnis durch die Verwaltung ein entsprechender Beschlussvorschlag zur Beschaffung weiterer Geräte zur genannten Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten.

2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Leistung besonders dringlich im Sinne der einschlägigen Vergabevorschriften (u.a. § 8 Abs. 4 Nr. 9 UVgO bzw. § 14 Abs. 4 Nr. 3 VgV) ist und die Stadt die Dringlichkeit nicht zu verschulden hat.

3. Der BM wird beauftragt, die Ausstattung der weiteren Klassenräume der städtischen Grundschulen mit CO2-Testern zu veranlassen.

4. bis 2023 werden die städtischen Schulen mit festen Luft- und Be- und Entlüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung ausgestattet. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planung und Finanzierung dieser Baumaßnahme vorzubereiten und den Gremien der SVV vorzulegen. Die Planungsmittel sind im Haushalt 2021/2022 einzuplanen. Die Förderung des Einbaus an den städtischen Schulen ist zu prüfen und im positiven Fall zu beantragen. Die kommunalen Eigenmittel sind in den Haushalt 2021/2023 einzuplanen.

Zustimmung: 24 Ja 3 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen

Folgesitzung vom 12.11.2020

Es wird verabredet, ohne Unterbrechung der Sitzung im 30 Minuten-Rhythmus zu lüften.

Zustimmung mit Änderung Ja 24 Nein 3 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 7.8 Grundsatzbeschluss zur Weiterführung des Mehrgenerationenhauses, 7/DS/253 Einbettung in die kommunalen Planung zum demografischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung in der Stadt Fürstenwalde, insbesondere dem Stadtteil Nord (Förderperiode 2021 – 2028)

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadt Fürstenwalde/Spree bekennt sich ausdrücklich zum Mehrgenerationenhaus in Trägerschaft der AWO. Es nimmt einen festen Platz in den sozialräumlich und an den Bedarfen orientierten Netzwerken ein. Es ist deshalb Bestandteil der diesbezüglichen kommunalen Planungen und ein unverzichtbares Instrument bei der Schaffung und Sicherung der Entwicklungschancen und Teilhabemöglichkeiten der Menschen in unserer Stadt.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.9 Antrag der Fraktion DIE LINKE. Darstellung von Änderungen an Drucksachen 7/AN/248

Herr Wende macht noch einige ergänzende Ausführungen zu dem Antrag, der dann wie folgt abgestimmt wird:

Bei jeder Änderung von Drucksachen, die bereits im Ratsinfosystem eingestellt sind, wird jeweils die komplette Drucksache mit einer neuen Unternummer (z.B. 7/DS/007 – 1, -2 uws) zusätzlich zur

Originalsdrucksache ins Ratsinfosystem eingestellt, so dass die Veränderungen in ihrer Historie ständig nachzuvollziehen sind.

Änderungen sind kenntlich zu machen. Es ist ferner kenntlich zu machen, durch wen und an welchem Datum diese Änderung erfolgt ist.

Wenn Änderungen an den beiden Tagen vor einer Sitzung oder am Sitzungstag selbst erfolgen, dass sind die Mitglieder des entsprechenden Gremiums durch eine Mail oder eine Nachricht übers Funktelefon zu informieren.

Zustimmung mit Änderung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

TOP 7.10 Kofinanzierung und Umsetzung der Maßnahme "Mobile Jugendarbeit 7/DS/252/ mit Schwerpunkt Digitaler Raum" im Rahmen des Personalstellenprogramms des Landkreises Oder-Spree 1

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Kreistages stimmt die Stadtverordnetenversammlung der Umsetzung der Maßnahme „Mobile Jugendarbeit mit Schwerpunkt Digitaler Raum“ zu und beauftragt den Bürgermeister die entsprechenden Mittel bereitzustellen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.11 Antrag der Fraktion DIE LINKE: Überschüssige Haushaltsmittel 2020 in 7/AN/279 soziale Infrastruktur investieren

Herr Wende spricht ausführlich zum Antrag und wirbt für die Zustimmung, der den Fall regeln soll, dass es positive Überschüsse gibt.

In der anschließenden Diskussion werden die Argumente ausgetauscht, der Antrag wird ob einiger Unwägbarkeiten und ob überhaupt überschüssige Mittel zur Verfügung stehen werden, überwiegend positiv eingeschätzt.

Der Bürgermeister stellt dar, dass der Haushalt ein Defizit ausweist und die Einnahmeausfälle im Schwapp zu kompensieren sind. Insofern lassen die finanziellen Aussichten keinen Spielraum für die Annahme, dass überschüssige Mittel zur Verfügung stehen werden.

Der Bürgermeister wird beauftragt, notwendige Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in sowie Anschaffungen für die soziale Infrastruktur unserer Stadt aus überschüssigen Haushaltsmitteln im Jahr 2020 noch im Jahr 2020 zu beauftragen.

Einer Übertragung von diesen so genutzten Mitteln aus HAR in 2021 wird zugestimmt.

Aus Grundlage dienen die Maßnahmen aus der Prioritätenliste des laufenden Verwaltungsbedarfs, die bei der Aufstellung des Haushalts 2020 aus Mangel an finanzieller Deckung auf 1a abgewertet worden waren und deren Realisierung wegen der veränderten finanziellen Lage der Stadt nunmehr noch aus Mitteln des laufenden Haushalts möglich ist. Die Maßnahmen sollen mit folgender Priorität behandelt werden:

- 1.) Schulen in städtischer Trägerschaft
- 2.) Kindertagesstätten
- 3.) Feuerwehr
- 4.) Vereine der Stadt
- 5.) sonstiges

In begründeten Fällen kann von der Reihenfolge abgewichen werden bzw. neue Projekte aufgenommen werden (z.B. aufgrund veränderter Bedarfen durch die Pandemie). Darüber sind die Ausschüsse zeitnah zu informieren.

Zustimmung Ja 19 Nein 8 Enthaltung 2 Befangen 0

**TOP 7.12 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen 7/AN/256
CDU, FDP, DIE LINKE und SPD: Sicherung der Handlungsfähigkeit der
Verwaltung durch einen Maßnahmenplan zur Personalentwicklung und
Personalbeschaffung**

Die einbringenden Fraktionen kritisieren, dass der Bürgermeister seit Wochen die Fragen nicht beantwortet, unkonkret ausweichende Ausführungen macht und noch kein Verfahren zur Personalbesetzung auf den Weg gebracht wurde.

Mit mehr als 30 unbesetzten Personalstellen in der Verwaltung agieren alle am Limit. Frau Lehmann fragt außerdem nach Überlastungsanzeigen und moniert, dass die Handlungsfähigkeit der Verwaltung wieder hergestellt werden muss.

Der Bürgermeister meint, dass ein Teil der Stellen aus neuen Personalstellen resultiert (z.B. Controlling, Statistik, Compliers, Datenschutz etc). Dazu soll mit dem Personalrat ein Verfahren vereinbart werden, die offenen Stellen schnellstmöglich zu besetzen. Dazu sind auch Arbeitsschritte wie die Überarbeitung/Erstellung von Arbeitsplatzbeschreibungen, Neuordnung von Zuständigkeiten, die Überarbeitung der Eingruppierungen etc. nötig.

Er bittet deshalb, auf eine so detaillierte Rückbetrachtung wie hier gefordert, zu verzichten, um sich den anstehenden Problemen zu widmen und die Verwaltung/das Personalamt entsprechend zu entlasten.

Herr Wende spricht von einer vernünftigen Analyse des IST-Zustandes als Ausgangspunkt für ein Personalentwicklungskonzept und eine strategische Personalplanung, um die Probleme kurz-, mittel- und langfristig zu lösen. Deshalb drängt er auf die Beantwortung der gestellten Fragen und die Erarbeitung eines Fahrplanes zur Lösung der Personalprobleme.

Herr Fachtan fragt konkret, wann das Personalamt aufgestockt wird, um Fragen systematisch abzuarbeiten. Das Amt ist seit mindestens Mai 2020 eine Engstelle, die es zu verbessern gilt und in die Lage zu versetzen, die Stellenbesetzungsverfahren insgesamt auf den Weg zu bringen.

Herr Biagini richtet sich an die Gleichstellungsbeauftragte und fragt nach einer Gleichstellungskonzeption. Frau Trilling berichtet, dass diese zuletzt im Jahre 2012 beschlossen wurde. Eine nunmehr anzugehende Aufgabe ist der neue Gleichstellungsplan, der Teil des Personalentwicklungskonzeptes ist und in 2021 vorgelegt werden soll.

Herrn Rausch veranlasst die Debatte zu einem Ergänzungsantrag. Er beantragt, den Bürgermeister zu beauftragen, die offenen Stellen im Personalamt bis 01.12.2020 auszuschreiben.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt,

1. die Antworten, Angaben und Unterlagen der in diesem Antrag genannten Ist- Standstandanalyse bis zum 10.12.2020 der Stadtverordnetenversammlung zu übergeben. Notwendige personenbezogene Informationen sind im nichtöffentlichen Teil bekannt zu geben, (das was beantwortbar ist im Dezember, alles andere in der Januar-Sitzung der SVV)

Zustimmung: 18 Ja 6 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen

2. zur Sicherung und Aufrechterhaltung der inhaltlichen und fachlichen Handlungsfähigkeit der Verwaltung unverzüglich einen Maßnahmenplan zur Personalentwicklung und Personalbeschaffung zu erstellen,

Zustimmung: 20 Ja 0 Nein 9 Enthaltung 0 Befangen

3. den Fahrplan für die Erstellung des Maßnahmenplans zur Personalentwicklung und Personalbeschaffung bis zum 10.12.2020 der Stadtverordnetenversammlung zu übergeben

Zustimmung: 22 Ja 2 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen

4. die Stellenausschreibung der offenen Stellen in der Personalabteilung sind bis 1.12.2020 zu realisieren

Zustimmung: 31 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

5. in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten einen Gleichstellungsplan zu erstellen.

Zustimmung: 28 Ja 0 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen

Zustimmung mit Änderung

TOP 7.13 Antrag der CDU-Fraktion: Sicherung der langfristigen Handlungs- 7/AN/259 fähigkeit der Feuerwehr durch Verbeamtung der hauptamtlichen Kräfte

Die CDU-Fraktion stößt den Vorschlag der Verbeamtung von Feuerwehrleuten an, um der Fluktuation vorzubeugen und sie zu vermeiden und die Handlungsfähigkeit sicherzustellen.

Von Herrn Mattigk wird die gegenwärtige Situation untermauert und ein Ergänzungsantrag (sh. Pkt 6) eingebracht.

Nach Austausch aller Argumenten und der Zusage des Ersten Beigeordneten, den Vorgang (Austausch mit anderen Kommunen, die verbeamtet haben oder auf diesem Wege sind) weiterhin zu begleiten, wird über den Prüfauftrag abgestimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt:

1. Informationen über die Fluktuation innerhalb der Feuerwehr seit 01.01.2018 vorzulegen und durch ihn ergriffene Maßnahmen/Ideen zur Vermeidung der Fluktuation darzustellen.
2. Die entstandenen Ausbildungskosten aufgrund der Fluktuation (seit 01.01.2018) und notwendige Neueinstellungen darzustellen.
3. Eine notwendige IST-Standsanalyse durchzuführen und bis zur ersten Hauptausschusssitzung im Januar 2021 zu übergeben.
4. Zur Sicherung und Aufrechterhaltung der nachhaltigen, langfristigen, inhaltlichen und fachlichen Handlungsfähigkeit der Feuerwehr unverzüglich Prüfungen vorzunehmen, in denen die wirksamen Veränderungen für ein attraktives Vergütungssystem der Mitarbeiter der Feuerwehr unter Ausnutzung der gesetzlichen und tariflichen Möglichkeiten, insbesondere der Schaffung von Stellen für die Verbeamtung untersucht werden.
5. Auf der Grundlage der Prüfungen und Untersuchungen ist unter Berücksichtigung der notwendigen Sitzungskette bis Januar 2021 eine Beratungsdrucksache in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen.
6. Die Struktur ist insoweit anzupassen und die Einführung von 3 Gruppenführerstellen (pro Wachabteilung 1) und 3 Truppenführerstellen pro Wachabteilung zu prüfen.

Zustimmung mit Änderung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

**TOP 7.14 Antrag der CDU-Fraktion: Monatlicher Nachweis der aktuellen Kosten, 7/AN/281
neuer Verträge und aktueller Bauablaufplan zum Jagdschloss**

Herr Geike führt aus, dass das Jagdschloss gegenwärtig das wichtigste Sanierungsprojekt der Stadt ist. In diesem Zusammenhang ist es dringend notwendig, die Stadtverordneten/Fraktionen regelmäßig mit Detailinformationen (Bauablauf, finanzieller Überblick etc) zu versorgen. Es wird verabredet, monatlich im SteA zu berichten.

Monatlicher Nachweis der aktuellen Kosten, neuer Verträge, aktueller Bauablaufplan zum Bauvorhaben Jagdschloss.

Beschlussvorschlag:

Der Fachbereich Stadtentwicklung wird die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung monatlich über den aktuellen Bautenstand der Baumaßnahme Jagdschloss informieren.

Nachfolgende Informationen müssen in der Erklärung enthalten sein:

1. Abgleich Bautenstand mit dem Bauablaufplan
2. Soll-Ist-Vergleich Baukosten
3. Neu abgeschlossene Bauverträge

Sachverhalt:

Bei der o. g. Baumaßnahme handelt es sich um das größte Investitionsvorhaben der Stadt Fürstenwalde.

Die derzeit prognostizierten Kosten werden von der Verwaltung mit ca. 8,75 Mio. €, der Eigenanteil der Stadt mit 1,9 Mio. € angegeben.

Die Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses vom 23.04.20 und 26.05.20 sowie die Sondersitzung vom 18.05.20 haben gezeigt, dass es diverse Defizite beim Bauablauf und beim Management der Maßnahme gibt. Das gesamte Kostenrisiko aller bisherigen Entscheidungen liegt ausschließlich bei der Stadt.

Ein weiterer Bauverzug bei einzelnen Gewerken erhöht automatisch die Kosten der Baumaßnahme.

Um weiteren Schaden für die Stadt zu vermeiden, müssen die Fraktionen der SVV in der Lage sein, kurzfristig wichtige Entscheidungen zum Wohle der Stadt Fürstenwalde zu treffen. Dazu benötigt die SVV größtmögliche Transparenz.

Aus diesem Grund müssen die im Beschlussvorschlag dargelegten Nachweise monatlich den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden.

Die personellen Voraussetzungen dafür hat der Fachbereich Stadtentwicklung durch den beauftragten Architekten sowie durch Herrn Jahn, der für o. g. Bauvorhaben extra eingestellt worden ist.

Fürstenwalde, 03.07.2020



G. Geike
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender CDU

Zustimmung Ja 26 Nein 1 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 7.15 Antrag der BFZ-Fraktion: Entwicklung des Feldes Lange Straße und 7/AN/284 Triftstraße

Verweisung

TOP 7.16 Antrag der AfD-Fraktion: Wasserzeitung abschaffen

7/AN/278

Verweisung

TOP 7.17 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Anschaffung von Trixi-Spiegeln

7/AN/282

Verweisung

TOP 7.18 Antrag der SPD-Fraktion: Außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zum Thema „Schwapp – Sanierungs- und Finanzierungsmöglichkeiten“ mit Einladung von Herrn Dr. Schieben und Vorstellung seiner Realisierungsmöglichkeiten

7/AN/289

Nach kurzer Debatte wird der Antrag abgestimmt.

Beschluss:

Die SPD-Fraktion beantragt eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zum Thema „Schwapp – Sanierungs- und Finanzierungsmöglichkeiten“ mit Einladung von Herrn Dr. Schieben und Vorstellung seiner Realisierungsmöglichkeiten.

Zustimmung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

TOP 7.19 Prüfbericht zum Jahresabschluss 2017

7/DS/251

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree nimmt den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 zur Kenntnis und schließt sich den darin enthaltenen Feststellungen an.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7.20 Jahresabschluss 2017

7/DS/241

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt den geprüften Jahresabschluss 2017 gemäß Anlage.

Zustimmung: einstimmig 3 Enthaltungen

2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree entlastet den Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2017

Zustimmung: einstimmig 2 Enthaltungen

Zustimmung

TOP 7.21 Umbenennung einer Straße in Fürstenwalde-Süd

7/DS/208

Zurückstellung

**TOP 7.22 Ausführungsbeschluss zur erstmaligen Herstellung des Altstädter 7/DS/216
Platzes**

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die erstmalige Herstellung des Altstädter Platz gemäß der vorliegenden Ausführungsplanung.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

**TOP 7.23 Antrag 7/AN/112 Schaffung eines Radfahrangebotsstreifens in der 7/IV/236
Eisenbahnstraße, hier: Prüfungsergebnis zum Beschluss vom
05.03.2020**

Zurückstellung

TOP 7.24 Sitzungskalender 2021

Zurückstellung

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Der Erste Beigeordnete berichtet über die Absage des diesjährigen Weihnachtsmarktes. Demzufolge wird es auch keinen verkaufsoffenen Sonntag geben, darüber ist die Händlerschaft informiert.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Frau Nancy Krüger stellt klar, dass für das BFZ-Pad keine Tonaufzeichnungen gefertigt werden. Es kam in der vorherigen Sitzung aufgrund der Livemitzzeichnung/Berichterstattung zu Irritationen. Frau Krüger wiederholt das Angebot an die anderen Fraktionen, sich dem BFZ-Pad anzuschließen. Herr Rausch bittet die Verwaltung zu prüfen, ob diese Livemitschriften angesichts der Niederschriften und Tonprotokolle, die legitimiert sind, zulässig sind, da sie sehr durch die Schreibenden geprägt sind.

Herr Mattigk greift die Frage bezüglich der Besetzung der Personalstelle des Wachabteilungsleiters. Der hauptamtlichen Kräfte auf und bittet den Bürgermeister um Antwort. Dieser informiert über ange-setzte Bewerbungsgespräche. Es ist davon auszugehen, dass eine schnelle Besetzung erfolgt, je nach Verfügbarkeit des Bewerbers.

Herr Wende fragt den Bürgermeister nach der Anschaffung der iPads für die Schulen. Zum einen geht es um die Eilentscheidung und die Richtigkeit der Ausschreibung sowie die Finanzierung der zusätzlichen Geräte. Der Bürgermeister führt aus, dass die Ausschreibungsfrist am vergangenen Freitag endete und Angebote eingegangen sind. Diese befinden sich durch den gebundenen Dienstleister in der Prüfung. Er hofft für die Grundschulen auf ein gutes Ergebnis. Die Eilentscheidung wurde bezüglich der Bereitstellung der Mittel aus dem Digitalpakt II (Fördermittelbescheid kurzfristig erhalten) notwendig, weil die Mittel im HP nicht abgebildet waren. Die Beschaffung sollte noch in diesem Jahr erfolgen. Im Los 1 wurden 482 mobile Endgeräte ausgeschrieben, die anderen 218 Geräte sind ein Vorgriff auf die Anschaffung zur Verbesserung der Digitalausstattung an den Grundschulen (Digitalpakt I im HP eingeplant). Das bedeutet 175 mobile Endgeräte pro Schule. Frau Meyer sieht es kritisch, dass keine typenoffene Ausschreibung getätigt wurde.

Herr Wende fragt weiter nach der Besetzung der Amtsleiterstelle Hochbau. Der Bürgermeister berichtet, dass es einen mit dem Personalrat abzustimmenden Fahrplan gibt. Ziel ist eine schnelle Besetzung.

Frau Behrmann bittet aufgrund der Vielzahl der verschiedenen Anträge um die Erarbeitung einer Übersicht, wie der Abarbeitungs-, Umsetzungs- und Realisierungsstand ist.

Frau Nancy Krüger überreicht dem Vorsitzenden das Verlangen einer Sondersitzung mit dem Beratungsstand "Durchführung der SVV in digitaler Form" entspr. Brandenburgische NotlagenVO.

Frau Wagner greift die Information des Vorsitzenden auf, wonach dieser als Gast an der ersten Gerichtsverhandlung zur Lindenstraße teilgenommen hatte. In diesem Zusammenhang sind offensichtlich Bauzeichnungen vorgelegt worden, nach denen die Stadt als Bauherr einer Wasserstoff-tankstelle auftritt. Der Eigentümer des besagten Grundstücks in der Lindenstraße führte aus, dass er diesbezüglich seit 2 Jahren mit dem Bürgermeister im Kontakt steht, diese zu errichten und zu betreiben.

Frau Wagner fragt den Bürgermeister, ob das stimmt zumal es in der Verhandlung um die Klage des Eigentümers./Stadt geht.

Der Bürgermeister führt aus, dass die Stadt von RA Schmidt vertreten wird, um den gefassten Beschluss umzusetzen. Weitere Auskünfte kann der Bürgermeister dazu im Moment nicht geben und Herr Koch ergänzt, dass es um die Aufhebung der Entscheidung zum Fällen der Bäume in der Lindenstraße ging. Der Vorsitzende stellt die Frage, ob es nicht vorher eine Einigung hätte geben können und was die Verzögerung für den Bauablauf bedeutet.

Frau Fiedler greift die Frage des Bauherren noch einmal auf und möchte sie beantwortet haben. Der Bürgermeister informiert, dass die Stadt diese Unterlagen/Bauzeichnung nicht erstellt hat. Deshalb kann er dazu keine Einlassungen machen. Die bestehenden Überlegungen eines Fürstenwalder Gewerbetreibenden zur Wasserstofftankstelle gibt es, dieser hat auch die Zeichnungen erstellt. Erste Gespräche fanden seinerzeit im Zusammenhang mit dem Besuch des Wirtschaftsminister Steinbach/Staatssekretär Fischer in Fürstenwalde statt, bei dem es um die Thematik regenerativer erneuerbarer Energien ging. Dabei hatten sich verschiedene Protagonisten vorgestellt. Herr Wende und Frau Meyer kritisieren die Vorgehensweise sehr deutlich und führen aus, dass diese Bauzeichnung im ratsinfo von der Oktobersitzung 2020 noch immer eingestellt ist.

Des Weiteren fragt sie nach der möglichen Ansiedlung einer Brauerei in Fürstenwalde. Der Bürgermeister bittet um Verständnis, dass er keinerlei ergänzende Ausführungen zum Pressebericht in der öffentlichen Sitzung macht.

Herr Aulich bittet, die Druckfunktion in Mandatos freizuschalten.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 22.33 Uhr und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst Seiten.

Uwe Koch

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin